

Pressemitteilung

Hochschulinitiative Neue Bundesländer

Janine Artist

18.10.2010

<http://idw-online.de/de/news392193>

Studium und Lehre, Wissenschaftspolitik
fachunabhängig
überregional

Auf nach „Fernost“: Einschreiberekorde an ostdeutschen Hochschulen

Sachsen-Anhalt und Thüringen melden mehr westdeutsche Studienanfänger als je zuvor. Auch in den anderen ostdeutschen Bundesländern zeigt sich eine positive Tendenz.

Qualität setzt sich durch: Zum Wintersemester 2010/2011 zeichnet sich nach vorläufigen Erhebungen ein Zuwachs bei den Einschreibungen von westdeutschen Studienanfängern an ostdeutschen Hochschulen ab.

Sachsen-Anhalts Hochschulen können nach ersten landesweiten Berechnungen im Jahr 2010 mehr als 9.200 Studienanfänger im ersten Hochschulsesemester begrüßen. Besonders erfreulich: Der Anteil der Westdeutschen an den Studienanfängern in Sachsen-Anhalt stieg erneut an und liegt zum Wintersemester 2010/2011 bei 29 Prozent. Vor gut drei Jahren kamen nur rund 13 Prozent der „Erstis“ aus dem Westen. Ein ähnliches Bild lässt sich auch für den Freistaat Thüringen zeichnen: Hatten sich zum Wintersemester 2009/2010 noch 1.300 Schulabgänger aus den alten Bundesländern für ein Studium im Freistaat entschieden, sind es zum diesjährigen Wintersemester 1.700 – eine Steigerung um satte 32 Prozent.

Insgesamt haben die Hochschulen in Sachsen-Anhalt und Thüringen in den letzten vier Jahren rund 9.000 Studienanfänger im ersten Hochschulsesemester mehr aufgenommen, als sie zur Erfüllung des Hochschulpakts 2020 zugesagt hatten. In beiden Ländern ist es also nicht nur gelungen, die in allen neuen Bundesländern prognostizierte demografisch bedingte Abnahme von Studienanfängern zu kompensieren, vielmehr konnten darüber hinaus sogar zusätzliche Studieninteressierte für die Hochschulen gewonnen werden. Damit werden auch die westdeutschen Flächenländer und die Stadtstaaten bei ihren Bemühungen entlastet, zusätzliche Studienanfängerplätze zu schaffen.

Auch bei den Hochschulen in den drei anderen ostdeutschen Bundesländern zeichnet sich ein positiver Trend ab – allerdings liegen hier noch keine flächendeckenden Zahlen vor. Ein Beispiel aus Sachsen: Die Technische Universität Chemnitz begrüßt in diesem Wintersemester 358 neue Studierende aus Westdeutschland. Das sind 140 mehr als im Vorjahr – ein Plus von über 60 Prozent. In Mecklenburg-Vorpommern zeigen sich ebenfalls erste Erfolge. Die Hochschule Neubrandenburg kann im Wintersemester 2010/2011 den Rückgang der Schulabsolventen im Land ausgleichen. Während demografisch bedingt der Anteil der „Landeskinder“ um 11 Prozent abgenommen hat, ist der Anteil der neuen Studierenden, die ihr Abitur in den alten Ländern abgelegt haben, um sechs Prozent gestiegen.

Die Zahlen zeigen, dass immer mehr westdeutsche Schulabgänger mit Hoch- und Fachhochschulreife den Sprung nach Ostdeutschland wagen. Ein Studium in den neuen Bundesländern bietet viele Vorteile: zum Beispiel ein gutes Betreuungsverhältnis, eine moderne Ausstattung und niedrige Lebenshaltungskosten. Trotzdem kam in den letzten Jahren eine West-Ost-Wanderung von Studienanfängern nur langsam in Gang. Diese Entwicklung zu forcieren, ist das Ziel der Hochschulinitiative Neue Bundesländer, auf das sie seit April des vergangenen Jahres im Rahmen der Kampagne „Studieren in Fernost“ gemeinsam mit den ostdeutschen Ländern und Hochschulen erfolgreich hinarbeitet.

Die Hochschulinitiative Neue Bundesländer wird von den Wissenschafts- bzw. Kultusministerien der Länder Brandenburg, Mecklenburg-Vorpommern, Sachsen, Sachsen-Anhalt und Thüringen getragen und vom

Bundesministerium für Bildung und Forschung (BMBF) gefördert. Mit dem gezielten Angebot von Studienplätzen für westdeutsche Studienanfänger leisten die Hochschulen in den neuen Ländern einen wichtigen Beitrag zur Umsetzung des zwischen Bund und Ländern vereinbarten Hochschulpakts 2020.

URL zur Pressemitteilung: <http://www.studieren-in-fernost.de>

URL zur Pressemitteilung: <http://www.hochschulinitiative.de>



"Studieren in Fernost" wirbt für die Hochschulen in Ostdeutschland.
Hochschulinitiative Neue Bundesländer